

DRSB

Deutscher Rentenschutzbund e.V.

DRSB e.V. Rudolf – Lensing – Ring 75 40670 Meerbusch

Einschreiben mit Rückschein

Herrn

Dr. Edmund Stoiber

c/o **CSU - Landesleitung**
Franz Josef Strauß - Haus

Nymphenburgerstrasse 64

D – 80335 München

Meerbusch, den 19. September 2005

>Private Altersvorsorge - Alterseinkünftegesetz<
>Schriftverkehr CSU – DRSB e.V. ab 22. August 2002<
>Sinnvolle und lernfähige Gestaltung der privaten Altersvorsorge<
>hier: Schreiben von Herrn Robert Höcherl LGF CSA und GPA vom 15. September 2005<

Sehr geehrter Herr Dr. Stoiber,

das Schreiben vom 15. September 2005 haben wir ordnungsgemäß am 16. September 2005 erhalten.

Das Schreiben ergänzt sich nicht zu Ihren an uns gerichteten persönlichen Verlautbarungen zum Thema:

>DRSB e.V. Reformvorschlag zur Riesterreute<

Durch die Rüruprente wird die gesetzliche Rentenversicherung steuerlich bei den Aufwendungen auf die gleiche Stufe mit einer privaten Altersvorsorge gestellt. Aus diesem Grunde müsste die gesetzliche Rentenversicherung mit einer privaten Altersvorsorge auch bei den Leistungen vergleichbar sein. Diesem Vergleich wird die gesetzliche Rentenversicherung wohl dauerhaft nicht standhalten können.

Um den Unterschiedsgrad zwischen der gesetzlichen und privaten Altersversorgung nicht zu groß werden zu lassen, wurde vermutlich der Solidarisierungsgedanke und / oder der Solidaritätsgedanke „Generationen für Generationen“ auch bei der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge mit aufgenommen, in dem die Rüruprente nicht vererblich sein darf. Im Klartext wird auch bei der privaten Altersvorsorge dem gesunden Obst von Anfang an Fäulnis beigemischt. Die Fehler im System der gesetzlichen Rentenversicherung– sprich: Umlageverfahren - dürfen nicht in einem neuen System der privaten Altersvorsorge mit aufgenommen werden. Bei der privaten Altersvorsorge sind Vertragspartner zunächst nur der Bürger und eine private Versorgungseinrichtung.

DRSB

Deutscher Rentenschutzbund e.V.

Einschreiben mit Rückschein

Herrn

Dr. Edmund Stoiber

c/o **CSU - Landesleitung**

Franz Josef Strauß - Haus

Nymphenburgerstrasse 64

D – 80335 München

Meerbusch, den 19. September 2005

- 2 -

Die steuerliche Förderung dieser Vorsorge darf nicht darin münden, dem Bürger eine freiwillige Enteignung aufzuzwingen. Für den Fall einer Zweckentwendung, aus welchen Gründen auch immer, kann und darf nur die steuerliche Förderung wieder zurückgeschraubt werden. In dem DRSB e.V. Reformvorschlag zur Riesterrente - hier Punkt 2: Umfang der Förderung – wird nur noch die reine Leibrentenversicherung als steuerlich begünstigte private Altersvorsorge angesehen.

In einem direkten Vergleich der privaten und gesetzlichen Altersvorsorge dürfte die gesetzliche Rentenversicherung streng genommen nicht mehr die Bezeichnung

>Rentenversicherungsbeiträge<

führen, da sich Leistung und Gegenleistung nicht ausgewogen gegenüberstehen. Aus diesem Grunde müsste die gesetzliche Rentenversicherung als

>Rentensteuer<

bezeichnet werden. Vergleiche hierzu § 3 Abs. 1 Satz 1 der Abgabenordnung: „Steuern sind Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen ...“. „Beiträge ... sind die Beteiligung der Interessenten an den Kosten einer öffentlichen Einrichtung. Maßgebend ist auch hier der Gesichtspunkt der Gegenleistung.“ (Vergleiche hierzu: Tz. 25 zu § 3 Tipke/Kruse Kommentar zur Abgabenordnung).

Die von Ihnen mitgetragene Gesetzesinitiative, Lebensversicherungen nicht mehr steuerlich zu begünstigen, war sicherlich richtig, da diese keine Altersvorsorge im engeren Sinne darstellt und auch für Konsumzwecke einsetzbar ist. Nicht richtig ist jedoch der weitergehende Schritt, den verfassungsmäßigen Schutz des Privateigentums zwangsweise aufzuheben. Mit dieser Logik hätte man gleich die steuerbegünstigte Lebensversicherung ebenfalls als nicht vererblich gestalten müssen – im Ergebnis somit absurd.

- 3 -

DRSB

Deutscher Rentenschutzbund e.V.

Einschreiben mit Rückschein
Herrn
Dr. Edmund Stoiber
c/o **CSU - Landesleitung**
Franz Josef Strauß - Haus
Nymphenburgerstrasse 64
D – 80335 München
Meerbusch, den 19. September 2005

- 3 -

Mit der jüngsten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Altersvorsorge vom 26. Juli 2005 wird der Versicherungswirtschaft eine höhere Sicherstellung von Transparenz und Informationen auferlegt. Durch den DRSB e.V. Reformvorschlag zur Riesterreute - hier Punkt 8: Sicherstellung der Anleger - wäre hier ein wesentlicher Schritt in diese Richtung gemacht.

Unser Ansatz lautet daher nach wie vor:

>Trennung der gesetzlichen und privaten Altersvorsorgesysteme<

>Gleichwertige Möglichkeit zur privaten Altersvorsorge für alle Bürger in einem sinnvollen und lernfähigen System<

Ansonsten stellt sich auch für die Bundesrepublik Deutschland die Frage:

>Woran und warum sind die Sozialsysteme gescheitert?<

Die Rürupsysteme haben die Diskussion

>Jung gegen Alt<

ausgelöst. Diese Diskussion ist - bescheiden ausgedrückt - mehr als beschämend.

Die zukünftige Diskussion zur Rüruprente wird lauten:

>Arbeitnehmer gegen Selbständige<

Eine solche Diskussion besteht dann aber zu Recht.

- 4 -

DRSB

Deutscher Rentenschutzbund e.V.

Einschreiben mit Rückschein

Herrn

Dr. Edmund Stoiber

c/o **CSU - Landesleitung**

Franz Josef Strauß - Haus

Nymphenburgerstrasse 64

D – 80335 München

Meerbusch, den 19. September 2005

- 4 -

In dem TV-Duell zwischen der CDU / CSU Bundeskanzlerkandidatin, Frau Dr. Angela Merkel, und Gerhard Schröder zum Thema

>private Altersvorsorge<

hat Herr Schröder mit seinem Vortrag >Jahrhundertreform Rürupsysteme< geblänzt.

Die einzige Antwort von Frau Dr. Angela Merkel darauf war:

>Die SPD hat den demografischen Faktor geändert und gelogen.<

Die Antwort von Frau Dr. Angela Merkel hätte lauten können und / oder müssen:

>Das Originalprogramm<

zur Rüruprente stammt aus den Reihen des Wirtschaftsrates der CDU e.V. Mit der Rüruprente wurde das Originalprogramm an 4 Stellen abgeändert und / oder erweitert. Genau diese Änderungen haben die – auch von uns mitgetragenen – gemeinsamen guten Absichten konterkariert und pervertiert. Die CDU/CSU steht für eine sinnvolle und lernfähige private Altersvorsorge. Die auch von der Herzog-Kommission mitgetragene Reform wurde daraufhin auch schnell über den Bundesrat verabschiedet. Wir wollten notwendigen Reformen nicht im Wege stehen.

Von schwarz / gelb war es sicherlich nicht geschickt, das Thema Altersvorsorge gänzlich rot / grün zu überlassen. Es ist sehr zu bedauern, dass es zwischen der CSU / CDU und dem DRSB e.V. nicht frühzeitig zu einem intensiven Gedankenaustausch gekommen ist.

- 5 -

DRSB

Deutscher Rentenschutzbund e.V.

Einschreiben mit Rückschein
Herrn
Dr. Edmund Stoiber
c/o **CSU - Landesleitung**
Franz Josef Strauß - Haus
Nymphenburgerstrasse 64
D – 80335 München
Meerbusch, den 19. September 2005

- 5 -

Wir stehen auch weiterhin zu unserem Wort Sie, sehr geehrter Herr Dr. Stoiber und Ihre Partei, bei dem Thema >Private Altersvorsorge< zu unterstützen, obwohl das Höcherl-Schreiben im dritten Absatz an Ablehnung nicht mehr zu steigern ist.

>Sie erreichen uns fernmündlich und im Internet unter<:

StB / vBP Hans-Josef Leiting

Mobiltelefon XXXX XX XX XXX

Büro XXXX XX XX XXX **Direktdurchwahl**

E-mail Adresse

XXX.XXXXXX@XXXXXX.XX

RA Andreas Kallen

Mobiltelefon XXXX XXXXXXXX

Büro XXXXX XXXXXXXX **Zentrale**

Udo Johann Piasetzky

Mobiltelefon XXXX XX XX XXXX

Büro XXXXX XX XX XXXX **Direktdurchwahl**

E-mail Adresse

XXX.XXXXXX@XXXXXX.XX

E-mail Adresse

XXXXXXXXX.XXXXXXXXXXXXXX@XXXXXXXXXX.XX

In Erwartung Ihrer sehr geschätzten persönlichen Rückantwort, verbleiben wir

mit freundlichen und besten Grüßen aus Meerbusch

Ihr

Ihr

Ihr

gezeichnet:

Udo Piasetzky

Vorstandsvorsitzender
DRSB e.V

Andreas Kallen

Vorsitzender
DRSB-Rechtskommission
(nach Diktat auf Dienstreise)

Hans-Josef Leiting

Vorsitzender
DRSB-Rentenkommission